

Die Welt muss nicht nur die Corona-Pandemie verkraften, sie steht auch vor dem Klimakollaps. Anlass für Convoco-Gründerin Corinne Flick, mit der Wirtschaftsweisen Veronika Grimm zu sprechen – über die Klimaziele der Europäischen Union, unterschiedliche Wachstumsstrategien und Wasserstoff als einen bislang unterschätzten Energieträger. Das ausführliche Gespräch geben wir hier in Auszügen wieder:

Frau Grimm, das erklärte Ziel der Europäischen Union ist Klimaneutralität bis 2050. Sehen Sie einen realistischen Weg dorthin?

Ja, auf jeden Fall. Die technische Entwicklung geht relativ schnell voran, und ich bin sehr guter Dinge, dass wir in Europa das Ziel der Klimaneutralität erreichen. Man muss aber auch immer sehen: Klimaschutz ist eine globale Frage, und wir in Europa sind heute für ungefähr zehn Prozent der globalen Emissionen verantwortlich.

Wie wichtig ist internationale Kooperation, um dieses Ziel zu erreichen?

Die entscheidende Frage im Bereich des Klimaschutzes ist die internationale Kooperation. Die Hälfte der weltweiten Emissionen geht im Wesentlichen auf vier Staaten zurück: China mit circa 27 Prozent der globalen Emissionen, die USA mit circa 13 Prozent, Indien mit sieben und Russland mit fünf Prozent. Klar ist, dass es nicht reicht, sich auf gemeinsame Ziele zu einigen, sondern wir müssen auch entschlossene Schritte zur globalen Umsetzung des Klimaschutzes machen. Auf diesem Weg spielen auch CO₂-Preise eine ganz entscheidende Rolle. In Deutschland haben wir jetzt einen CO₂-Handel eingeführt, auch in den Sektoren Verkehr und Wärme. Weltweit gibt es ebenfalls immer mehr Staaten, die einen solchen Handel etablieren. Jetzt muss das Ziel sein, diese Staaten zusammenzubringen und diesen Weg gemeinsam weiterzugehen.

Welche industriepolitischen Chancen ergeben sich aus dem Klimaschutz für die deutsche und europäische Wirtschaft?

Das Ziel der Klimaneutralität bedeutet, dass wir jetzt die gesamte Wirtschaft dekarbonisieren beziehungsweise defossilisieren müssen. Wir müssen also erneuerbaren Strom für die direkte Elektrifizierung der Sektoren Wärme und Verkehr sowie der Industrie nutzen. Dort, wo das nicht möglich ist, führt der Weg über klimaneutral erzeugten Wasserstoff und darauf basierenden synthetischen Energieträgern. Im Juni 2020 wurde vor diesem Hintergrund die Nationale Wasserstoffstrategie vorgestellt.

Die Bundesregierung möchte damit nicht nur die klimaneutrale Energieversorgung ermöglichen, sondern auch umfangreiche industriepolitische Chancen daraus nutzen. Wir erleben zurzeit einen Paradigmenwechsel in der Energie- und Klimapolitik. Wir haben uns ganz lange sehr kleinteilig über Klimaschutz gestritten, und plötzlich haben wir ein Thema, das einen großen Wurf darstellt und unsere Wirtschaft verändern wird. Das sind teilweise strukturelle Brüche, die natürlich auch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer betreffen. Diesen Strukturwandel müssen wir jetzt konsequent umsetzen und sozial tragbar gestalten.

Was halten Sie in diesem Zusammenhang von „No growth“- oder sogar „Degrowth“-Forderungen in der öffentlichen Debatte zur Klimarettung?

Ich muss zunächst einmal sagen, mit der Forderung „kein Wachstum“ oder sogar „negatives Wachstum“ kann ich relativ wenig anfangen. Mit der Forderung nach nachhaltigem Wachstum schon viel mehr. Im Endeffekt lebt unsere soziale Marktwirtschaft davon, dass Menschen frei entscheiden können – über die Verwendung ihrer Zeit und was sie konsumieren. Unser Ziel muss es sein, dass wir durch sinnvolle Rahmenbedingungen dafür sorgen, dass das mit den Nachhaltigkeitszielen vereinbar ist. Viele Ökonomen argumentieren, dass CO₂-Emissionen teuer werden müssen. Dadurch gibt man der Wirtschaft Anreize, klimafreundlicher zu produzieren, denn Unternehmen reagieren natürlich darauf, wenn ihre Produktionsfaktoren teurer werden. Verbote oder reine Appelle an das Gewissen – das ist etwas fragwürdig, oder nicht? Weiß der Staat, was

die günstigste Art ist, Emissionen zu vermeiden und nachhaltig zu agieren? Und reagieren die Menschen auf Appelle, wenn ihre Nachbarn das nicht tun?

Was ist zielführender für unsere Nachhaltigkeitsziele – staatliche Förderprogramme oder Marktmechanismen?

Die Umstellung der Wertschöpfungsketten auf klimaneutrale Produkte und Anwendungen stellt uns vor ein riesiges Koordinationsproblem. Viele Unternehmen können Bausteine liefern, aber damit am Ende marktfähige Produkte und Anwendungen entstehen, braucht es andere Unternehmen entlang dieser neuen Wertschöpfungsketten, zum Beispiel Wasserstoffherzeugung, Logistik, Anwendung im Fahrzeug. Was nützt es mir, wenn ich eine Wasserstoffanwendung habe, zum Beispiel in einem Fahrzeug, die nötige Logistik zum Tanken von Wasserstoff aber gar nicht existiert? Solche Koordinationsprobleme werden üblicherweise durch Marktmechanismen



INTERVIEW VON CORINNE M. FLICK

Wirtschaft und klimaneutral. Ein Widerspruch?

Die Gründerin der Convoco-Stiftung spricht regelmäßig mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Diese Woche mit der Wirtschaftsweisen **Veronika Grimm** über die Wirtschaft der Zukunft



Convoco-Forum] in Salzburg. Im Convoco-Podcast spricht Corinne Flick, Gründerin und Vorstand der Stiftung, alle zwei Wochen mit wichtigen Vertretern der Gesellschaft. Das aktuelle Gespräch lässt sich hier hören:

Was ist CONVOCO?

Die Convoco-Stiftung bietet unterschiedliche Plattformen, die einen freien und interdisziplinären Gedankenaustausch zu gesellschaftlich relevanten Fragen ermöglichen und die Debatte beflügeln: Es gibt Lectures in Berlin und London, eine Konferenz (das



gut gelöst. Marktmechanismen müssen also eine größere Rolle spielen als kleinteilige Förderprogramme. Es braucht aber auch komplementäre Maßnahmen. Wenn wir alles über CO₂-Preise machen würden, dann müssten diese Preise sehr hoch sein. Das kann man abfedern oder auch die Transformation beschleunigen, sodass es gar nicht so hohe Preise braucht, um tatsächlich den Wechsel hinzubekommen. Zum Beispiel durch Investitionen in Infrastruktur für die Mobilität, also durch die Förderung von Wasserstofftankstellen oder Ladesäulen, oder durch den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, damit ich eben Substitutionsmöglichkeiten habe.

Kann es uns gelingen, privates Kapital für Investitionen in Nachhaltigkeit und Klimaschutz zu mobilisieren?

Das muss gelingen. Die Transformation, in der wir uns befinden, erfordert hohe Investitionen. Die Europäische Kommission rechnet mit einem privaten und öffentlichen Investitionsbedarf von 2,6 Billionen Euro bis 2030. Das sind immense Summen, daher muss es gelingen, in großem Umfang privates Kapital zu mobilisieren. Der europäische grüne Deal setzt hier ganz klar Maßstäbe, ebenso wie die Wasserstoffstrategien und das Klimapakett der Bundesregierung. Vieles geht bereits in die Richtung, den Weg für privatwirtschaftliche Investitionen zu ebnen. Nun müssen wir noch ambitionierter werden. Deswegen auch mein klares Plädoyer für marktorientierte Mechanismen. Wenn sich die Unternehmen unsicher sind, welche Förderprogramme in der nächsten Legislaturperiode aufgesetzt werden, dann wird das viel weniger Investitionsaktivitäten generieren, als wenn die Unternehmen erwarten, dass der CO₂-Preis in einem vorhersehbaren Takt ansteigt und gleichzeitig andere Rahmenbedingungen angepasst werden, damit klimaneutrale Geschäftsmodelle attraktiv werden.

Für eine klimaneutrale Wirtschaft bedarf es eines globalen Marktes für erneuerbare Energien. Ist der bereits vorhanden?

In Deutschland sind wir sehr abhängig von fossilen Energieträgern. Aktuell importieren wir 72 Prozent unseres Primärenergiebedarfs, im Wesentlichen Öl und Kohle. Mit Blick auf die Klimaneutralität müssen wir diese Importbeziehungen auf den Import klimaneutraler Energieträger umstellen. Das kann zu einem kleinen Teil durch Stromimporte passieren, aber der größere Teil wird der Import von Wasserstoff und auf Wasserstoff basierenden erneuerbaren Energieträgern sein. Erste Ansatzpunkte für einen internationalen Wasserstoffhandel finden sich bereits in der deutschen Wasserstoffstrategie. Einige Regionen der Welt haben erneuerbare Energien im Überfluss, sei es in Form von Solarenergie, Windenergie, Wasserkraft oder Geothermie. Hier kann durch die Elektrolyse von Wasser grüner Wasserstoff produziert und in alle Welt verkauft werden. Das wird sicherlich ein Geschäftsmodell sein, das für viele dieser Staaten interessant ist. Deutschland hat jetzt eine Machbarkeitsstudie mit Australien angestoßen, in der man so eine Lieferkette durchspielen will. Ebenso wichtig ist es, mit den Regionen, aus denen wir aktuell fossile Rohstoffe beziehen, neue Geschäftsmodelle mit erneuer-

baren Energien anzubahnen. Schließlich wollen wir auch diese Regionen dazu anhalten, fossile Energieträger unter der Erde zu lassen. Ich denke da an die Regionen Nahost und Nordafrika. Dort passiert auch jetzt schon viel, es werden klimaneutrale synthetische Kraftstoffe hergestellt, und man versucht, Lieferketten vorzudenken und aufzubauen.

Sie sitzen im Nationalen Wasserstoffrat zusammen mit Vertretern von Unternehmen und Forschung. Kann dieser Rat eine Vorbildrolle für mehr klimapolitische Kooperationen einnehmen?

Ja, der Wasserstoffrat ist ein spannendes Gremium. Man merkt, dass sich die Allianzen in der Energie- und Klimapolitik Stück für Stück verändern. In der Vergangenheit gab es die Klimaaktivisten, und es gab die mächtigen Konzerne, für die der eingeforderte Klimaschutz vor allem eine große Herausforderung war. Mittlerweile ist es jedoch so, dass Geschäftsmodelle mit klimaneutralen Technologien und Anwendungen für viele Konzerne einen großen Reiz haben. Dementsprechend zeigt sich jetzt viel Aktivität. Welche internationalen Partnerschaften sind interessant? Wie kann man Klimaschutz glaubhaft und belastbar umsetzen? Wo liegen Wertschöpfungspotenziale für die deutsche Volkswirtschaft? Wichtig ist, Vertrauen zwischen den verschiedenen Gruppen zu entwickeln, die früher eigentlich auf unterschiedlichen Seiten standen, und sich zu überlegen, wie man den Klimaschutz in dieser neuen Konstellation umsetzen kann. Das passiert auch im Wasserstoffrat.

Welche internationalen Partnerschaften sind interessant? Wie kann man Klimaschutz glaubhaft und belastbar umsetzen? Wo liegen Wertschöpfungspotenziale für die deutsche Volkswirtschaft? Wichtig ist, Vertrauen zwischen den verschiedenen Gruppen zu entwickeln, die früher eigentlich auf unterschiedlichen Seiten standen, und sich zu überlegen, wie man den Klimaschutz in dieser neuen Konstellation umsetzen kann. Das passiert auch im Wasserstoffrat.

Wie wird sich unsere Gesellschaft durch die Krise verändern?

Was ist Ihre größte Befürchtung und was ist Ihre größte Hoffnung?

Meine größte Hoffnung ist, dass wir diese Krise als Chance begreifen. Im Jahresgutachten des Sachverständigenrates haben wir zwei große

Themenfelder aufgespannt. Das eine ist Klimaschutz als industriepolitische Chance, das andere ist Innovation und Digitalisierung. In beiden Themenfeldern haben wir jetzt unglaubliche Chancen voranzukommen und teilweise auch einen gewissen Nachholbedarf. Meine größte Befürchtung im Zusammenhang mit der Pandemie möchte ich lieber auch als Hoffnung ausdrücken. Ich hoffe sehr, dass wir es schaffen, diejenigen, die im Rahmen der Pandemie großen Härten ausgesetzt sind, wieder einzusammeln und ihnen die Möglichkeit zu geben, wieder den Anschluss zu gewinnen. Das gilt vor allem für Kinder, zum Beispiel aus bildungsfernen Familien, die in der Pandemie besonderen Belastungen ausgesetzt sind. Das betrifft auch Frauen. Der Anteil von Frauen in der öffentlichen Debatte ist in der Pandemie signifikant gesunken. Das kann daran liegen, dass sie stärker belastet sind, weil sie sich jetzt mehr um ihre Kinder kümmern mussten. Es kann aber auch sein, dass Männer einfach lauter sind und in dieser Situation deswegen mehr gehört werden. Ich hoffe, dass wir bei der Gleichstellung von Frauen und bei der Beteiligung von Frauen im Erwerbsleben nicht zurückfallen. Wir haben einen signifikanten Fachkräftemangel und brauchen die Frauen und die gerade heranwachsende Generation ganz dringend, um unsere Zukunft zu gestalten. ■

Wirtschaftsweise

Veronika Grimm ist seit 2008 Inhaberin des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg. Im Jahr 2020 wurde sie in den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung berufen

